

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Poststelle oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 174.

Donnerstag, den 28. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Der Entwurf des neuen G. V. D. Programms.

Von Sules Leber.

Gründe für die Programmänderung.

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet.“ Dieser erste Satz des Erfurter Programms war und ist der Hauptangriffspunkt der sogenannten Vulgäroökonomie gegen die Richtigkeit des Programms wie der Marxschen Konzentrationslehre überhaupt.

Die tatsächliche Entwicklung hat nämlich gezeigt, daß in der Landwirtschaft von einem Rückgang des Kleinbetriebes zugunsten des Großbetriebes keine Rede sein kann. Das Ergebnis von drei über 25 Jahre sich erstreckenden landwirtschaftlichen Betriebszählungen in Deutschland war folgendes:

Größenklasse				
bis 2 Hektar	3 061 831	3 216 367	3 378 509	
2 bis 5 Hektar	981 407	1 016 318	1 006 277	
5 bis 20 Hektar	926 605	998 804	1 065 539	
20 bis 100 Hektar	281 510	281 767	262 191	
100 und mehr Hektar	24 991	25 061	23 566	

Ein Vergleich dieser Ziffern zeigt folgende Entwicklung: die Zwergebetriebe (bis 2 Hektar) haben zugenommen. Die kleinbäuerlichen Betriebe (bis 5 Hektar) haben ungefähr ihre Höhe gehalten, während die mittelbäuerlichen (5—20 Hektar) sich stark vermehrten. Die großbäuerlichen (20—100 Hektar) und die Großgrundbesitze (über 100 Hektar) haben sich nicht unbedeutend vermindert.

Diese Zahlen werden seit Jahren dem Verfechter Marxscher Theorie überall entgegengehalten, wo wissenschaftlich diskutiert wird. Sie lieferten auch dem Genossen David das Rüstzeug in dem bekannten Agrarstreit im Jahre 1903. Und sie sprechen in der Tat eine sehr gewichtige Sprache im Streit um das Erfurter Programm — wenigstens auf den ersten Blick.

Wir scheinen aber, daß mancher Sozialist sich zu leicht von dieser äußerlichen Statistik der bürgerlichen Ökonomie blenden ließ, und daß ohne Not marxistischer Boden aufgegeben wurde. Wertet man die gegebene rückläufige Entwicklung genauer, das heißt in ihren Beweggründen, so zeigte sich das überraschende Ergebnis, daß auch in der Landwirtschaft die marxistische Theorie von der Verdrängung des kleinen Betriebes durch den größeren gilt, daß aber durch nicht-wirtschaftliche Gründe diese Verdrängung immer wieder gehemmt wird. Da ist zunächst zu nennen die Erbteilung zu gleichen Teilen, die in vielen Gegenden Deutschlands die größeren Besitztümer immer wieder in kleinere zerfallen läßt; und zweitens daß die Verschlagung vieler polnischer Güter zu Siedlungszwecken, die aus nationalen Gründen vom Gesetz erzwungen wurden, nicht vergessen werden.

Trotz dieser beiden rückwärts wirkenden Hemmungen ist eine starke Kraft vorhanden, die den Kleinbauernbesitz stets wachsen läßt zu zusammengehalttem bäuerlichem Grundeigentum von 5 bis 20 Hektar. In den meisten Gegenden Deutschlands sind 20 Hektar (80 Morgen) die Grundlage für eine schon stark kapitalistische Wirtschaftsweise, die größtenteils fremde Arbeitskräfte benutzen muß. Berücksichtigt man in der Statistik weiter, daß die sogenannten Zwergebetriebe (bis 2 Hektar) hauptsächlich Nebenbetriebe wirtschaftlich anderweitig beschäftigter Personen sind, ihre Zunahme also nicht vom Entwicklungsgeß in der Landwirtschaft bestimmt ist, sondern von der Verdienstmöglichkeit in der Industrie, so ergibt sich für die landwirtschaftlichen Betriebe auch das ökonomische Gesetz, daß der Kleinbetrieb durch Akkumulation von Land sich zu einem größeren Betrieb entwickelt. Allerdings ist in der Landwirtschaft, im Gegensatz zum gewerblichen Betrieb, die Möglichkeit vorhanden, durch gesetzliche Maßnahmen diese Entwicklung immer wieder aufzuheben.

Es ist also nicht zuzugeben, daß die am meisten angegriffene Position des Erfurter Programms sich als falsch erwiesen hat. Ihre Preisgabe war deswegen keinesfalls nötig; ein ergänzender Hinweis auf die zum Schutz des bäuerlichen Kleinbetriebes nötigen gesetzlichen Eingriffe hätten genügt, um den ersten Teil des Programms zeitgemäß zu revidieren. Dann wäre für den neuen Entwurf auch die einleitende Prinzipienklärung des alten Programms noch brauchbar geblieben.

War er doch tausendmal besser als der theoretische Teil des neuen. Ihn trug eine leitende Idee. Es ist die ökonomische Entwicklung, die den Handwerker im Konkurrenzkampf gegen das Kapital zugrunde gehen und zu einem beschlossenen Proletariat werden ließ und noch läßt. Dadurch entsteht der Gegensatz zwischen Besitz und Besitzlose, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Dieser Gegensatz gibt den Anstoß zu der Klassenbewegung, deren politische und wirtschaftliche Auswirkung der Klassenkampf ist. Das ist der Grundgedanke der sozialistischen Weltanschauung, und er muß es in jedem sozialistischen Programm bleiben. Ich will auf diesen Punkt erst später ausführlich eingehen; hier sei nur festgestellt, daß dieser Gedanke im Programmentwurf fehlt. Und daß dieses Fehlen die Folge eines Zurückweichens vor bürgerlichen Angriffen ist, die in Wirklichkeit sehr leicht abgewiesen werden können.

Aber das war nur der Hauptzweckpunkt der bürgerlichen Angriffe gegen den theoretischen Teil des Erfurter Programms. Weitere Einwendungen werden gemacht gegen die sozialistische Lehre von den Krisen, die nach dem alten Programm „immer umfangreicher und verheerender werden“. Auch hier geben die Zustände vor dem Kriege unserem Programm nicht recht, wenigstens äußerlich nicht. Die Krisen wurden immer seltener und schwächer. Aber es war nur eine vorübergehende Täuschung. Eben um die stets drohende Krise zu vermeiden, mußte sich das Kapital mit allen Mitteln stets neue Absatzgebiete erschließen, und was die Folge dieses rücksichtslosen Kampfes um den Weltmarkt war, das hat sich gezeigt. Der Weltkrieg war die größte Krise, die je die Welt gesehen hat. Also auch hier absolut kein Verlagen der marxistischen Theorie, sondern im Gegenteil eine Bestätigung.

Ebenso ist die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Arbeitenden eine Bestätigung der viel angefeindeten Verelendungstheorie. Es ist zuzugeben, daß in den Jahrzehnten vor dem Krieg der Durchschnitt dessen, was dem Arbeiter zur Befriedigung seiner Lebensnotdurft zur Verfügung stand, sich gehoben hat. Aber diese Besserung entstand nur infolge des ständigen Ausdehnens der kapitalistischen Ausbeutungsgebiete; der infolgedessen stets steigende Profit gab den Gewerkschaften die Möglichkeit, sich einiges zu erkämpfen. Die Gegenwirkung, die nach Marx unvermeidliche Gegenwirkung, hat sich aber prompt eingestellt; die Verelendung weitester Proletariatskreise macht rasche Fortschritte, die nur einstweilen noch verhüllt sind durch Bestände aus besseren Zeiten.

Die genannten drei Einwände, die als Hauptgründe für eine Revision des Erfurter Programms ins Feld geführt wurden, sind auch von sozialistischer Seite als teilweise berechtigt anerkannt worden. Und es ist zuzugeben, daß sie in manchem insoweit Recht haben, als die Programmformulierung, die vor 30 Jahren unerhörte Wucht und Wirkung hatte, überholt und in manchem nicht mehr zeitgemäß genug war. Es ließ sich eine Revision sehr wohl rechtfertigen. Umso mehr als das Programm viele Forderungen enthält, die durch den 9. November erfüllt und deswegen im Parteiprogramm überflüssig geworden sind.

Die Sachlage beim Herantreten an eine Umformung des alten Programms war also folgende: diejenigen der alten Programmpunkte, die in Erfüllung gegangen sind, konnten herausgestrichen werden. Soweit die Einkleidung der Theorie nicht mehr zeitgemäß war, soweit sie durch die ökonomische Entwicklung als ungenau im Ausdruck sich erwiesen hatte, mußte sie abgeändert und verbessert werden. Zu einer Aenderung in der Grundlage aber, und zu einer Revision der Grundstimmung, in der der Hauptton Klassenkampf ist, lag nicht der geringste Grund vor.

Die Kommission, die mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragt wurde, ist zu einer anderen Auffassung gelangt. Sie wurde deshalb von verschiedenen Seiten schon stark angegriffen, besonders von der Ortsgruppe Frankfurt a. M. unter Führung von Hermann Wendel. Wenn auch die glatte Ablehnung Wendels in der Form etwas über das Ziel hinausschießt, so ist sie meiner Ansicht nach doch durchaus berechtigt.

Ein weiterer Artikel soll den sachlichen Inhalt des Kommissionsentwurfs zusammenstellen und anschließend eine Kritik geben.

Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter.

Seit einigen Wochen verhandelten die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Deutschen Beamtenbundes über die Bildung einer Einheitsfront. Nach längeren Beratungen wurden verschiedene Punkte formuliert, auf Grund deren die erstrebte Einigung erzielt werden sollte. Diese Formulierungen sind jetzt infolge einer Indiskretion von Seiten des Beamtenbundes an die Öffentlichkeit gelangt und lauten:

Zur wirksamen Vertretung der gemeinsamen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vereinbaren die unterzeichneten Spitzenorganisationen unter Wahrung ihrer vollen Selbstständigkeit und unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Bestrebungen folgende Abmachungen:

1. Die drei Spitzenorganisationen verpflichten sich und die angeschlossenen Verbände, in der Wahrung der gemeinsamen Arbeiterinteressen zusammenzuwirken. Jede Organisation hat ihr eigenes Programm selbst durchzuführen. Beschlüsse über gemeinsame Handlungen sind auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen.

2. Alle beteiligten Verbände erkennen ihren organisatorischen Bestehstand gegenseitig an und werden sich jeden agitatorischen Eingriffs in die Mitgliedschaft eines anderen beteiligten Verbandes enthalten. Organisatorische Streitigkeiten sollen im Wege gütlicher Schlichtung behoben, bestehende Unstimmigkeiten baldmöglichst beseitigt werden.

3. Die beteiligten Verbände stehen auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches. Sie verpflichten sich, jeder Verletzung und jeder ungesetzlichen Aenderung dieser Verfassung im Reich und in den Ländern geschlossen entgegenzutreten, aber jede politische und jede religiöse Uebereizung in ihrem Mitgliederkreise unbestritten zu dulden.

4. Für die Stellungnahme zu wirtschaftspolitischen Fragen und gemeinsamer Auswirkung auf die Wirtschaftspolitik durch die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände ist richtunggebend die Lage der Mitglieder als Arbeitnehmer und Verbraucher. Erster Grundsatz in der Wirtschaftspolitik soll sein, daß das Allgemeinwohl dem Privatinteresse vorangestellt wird.

5. Diese Vereinbarung gilt für die örtliche und bezirksliche Gliederung der beteiligten Spitzenorganisationen sowie für die Fachgruppen der angeschlossenen Verbände, soweit Beamte, Angestellte und Arbeiter in Betrieben und Verwaltungen dem gleichen Arbeitgeber unterstehen.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund werden wir ermächtigt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die vorstehenden Formulierungen noch keine endgültigen sind und daß über sie erst Ende August Beschluß gefaßt werden wird.

Zusammenstöße zwischen Reichswehr und Gipo.

Stettin, 28. Juli.

Seit längerer Zeit besteht hier zwischen Reichswehr und Gipo ein gespanntes Verhältnis, weil die Kasernenfrage zugunsten der Reichswehr gelöst worden sein soll. Wiederholt ist es zu kleineren Zusammenstößen gekommen. Vorgestern nacht gab es eine Schießerei zwischen beiden Parteien, wobei angeblich 14 Verwundete zu verzeichnen waren. Mehrere Soldaten mußten in bedenklichem Zustande ins Lazarett gebracht werden. Ein amtlicher Bericht der Polizei lautet: Nachdem bereits am 25. Juli abends durch Angehörige des Reichswehrrpionierbataillons Nr. 2 die Ruhe und Ordnung in den Parkanlagen in erheblichem Maße gestört worden war und Reichswehrrsoldaten der Feststellung ihrer Personalien mit blanker Waffe Widerstand entgegengekehrt haben, kam es am Abend des 26. Juli zu einem abendlichen von Angehörigen des Pionierbataillons Nr. 2 gemeinsam mit tabaulustigen Zivilpersonen vorbereiteten Angriff auf die in den Anlagen ihren Dienst versehenen Polizeibeamten. Diese sahen sich plötzlich einer großen angreifenden Menge gegenüber, aus deren Mitte und den in der Nähe befindlichen Gehäusen etwa 15 scharfe Schüsse fielen. Gleichzeitig drängen die Soldaten mit gezogenem Seitengewehr, an ihrer Spitze der Janhagel, auf die Polizeibeamten ein, die ihrerseits von der blanken Waffe Gebrauch machten. Wie das Garnisonskommando berichtet, sind Zivilstellen an den Zusammenstößen nicht beteiligt gewesen. Die Ordnung wurde binnen kurzem wiederhergestellt.

Zu den merkwürdigen Vorgängen bei der Charlottenburger Hundtertschaft...

Im Dezember v. J. habe der ehemalige Wachtmeister Steinmeyer...

Am 4. März, also zwei Tage darauf, erfolgte vom Polizeipräsidentium...

Trotz dieses Schriftwechsels muß festgestellt werden, daß heute...

Günden des alten Regimes.

V. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die französischfreundliche Stimmung...

Mit welchen Methoden die frühere Regierung dieses beschämende Resultat erreichte...

Mit Schaudern denke ich an meine damalige Tätigkeit als Gewerkschaftler...

Dieses furchtbare Bild der Unterdrückung, das in diesen wenigen Zeilen enthalten ist...

Auch in Oberschlesien haben sich die Folgen der altpreussischen Unterdrückungspolitik...

Eine Erinnerung!

Beim Lesen des Aufsatzes „50 Jahre dänische Sozialdemokratie“...

die armen russischen Studenten. Alles liebe ordentliche Menschen, die ersten Sozialisten unter den Arbeitern in Russland...

An die Stelle Bios wurde der Zigarrenarbeiter Wüt zum Sekretär der Internationalen für Dänemark gewählt...

Das sind meine Erinnerungen aus der damaligen Zeit. Theodor Schwarz.

Luxus und Arbeitslosigkeit.

Von Dr. Alfred Striemer.

Wer mit seinen Lebensverhältnissen zufrieden ist und zufrieden sein kann, empfindet keinen Reiz gegenüber denen...

In den Luxusindustrien und Luxusgewerben, wir müssen auch an die Kunstgärtnerei denken...

Dieser Ausgleich wird von uns und muß von uns erstrebt werden. Aber die Durchsetzung dieses Ziels ist ungemein schwierig...

Wir möchten wir den Luxus als volkswirtschaftliches Problem...

bar im Saal schläft. Daß Geld unter die Leute kommt, ist ungemein wichtig...

Die ungeheuren Lasten, die wir aufbringen müssen, ersparen uns nicht die Entfaltung von Luxus...

Volkswirtschaft.

Steigende Butterpreise.

Hamburg, 28. Juli. Auf den Hamburger Auktionen zeigten die Butterpreise...

Devisen-Kurse.

Table with columns for location (Hamburg, 27. Juli), date (27. Juli, 26. Juli), and exchange rates for various countries like Holland, Kopenhagen, Stockholm, etc.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Table with columns for ship name, captain, origin, and arrival date (27. Juli 1921, 28. Juli 1921).

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freitakt Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer...

